

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatzlieferung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich (einschl. Zustellgebühr). Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenverpflichtung ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 14. Fernruf: P 1 Janowitz 4908. P-Postcheckkonto Berlin Nr. 8446 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 280 B

BERLIN • Sonntag, den 25. Dezember 1932

1. JAHRGANG

Berliner Justiz läßt Nazi-Mordsturmführer frei.

Gottgewollte Abhängigkeit.

Von Franz Oppenheimer.

Das Arge daran ist: sie glauben selber, die meisten wenigstens, heilig daran; und noch ärger ist, daß es ihnen gelingt, auch viele andere daran glauben zu machen. Und daran ist nichts schuld als die vermaledeite Sozialpsychologie! Deren Hauptgesetz ist nämlich, daß jede Gruppe (Nation, Klasse, Stand, Konfession u. s. w.) alles dasjenige für im höchsten Maße vernünftig und sittlich, kurz „gottgewollt“ hält, was ihr nützt — und alles, was ihr schadet, für im höchsten Maße unvernünftig und unsittlich. Und ein anderes ihrer Gesetze lautet, daß die Unteren immer sehr geneigt sind, die Wertungen, Sitten und Moden der Oberen anzunehmen und mit der Leidenschaft zu vertreten, als wären es ihre eigenen Interessen, die in Frage kämen: Erst, wenn sich auch aus den Unteren dasjenige gebildet hat, was Mac Dougal eine „hochorganisierte Gruppe“ nennt: mit ausgeprägtem Gruppengefühl, eigener Tradition und eigenen Symbolen, erst dann zerbricht diese Bindung. Und dann kann es leicht vorkommen, daß die gleichen Abhängigkeiten, die denen oben als gottgewollt erscheinen, denen unten als vom Teufel gesandt vorkommen.

Sobald das geschehen ist, entbrennt der „Gruppenkampf“ lichterloh, der bis dahin entweder gar nicht oder nur sozusagen unbewußt bestand. Das gilt für den Kampf der unterworfenen „Nationalitäten“ ebenso wie für die ökonomischen und sozialen Klassen, während bei den Konfessionen die Priesterschaften es sehr schnell vorziehen, ihre Schäflein in eine hochorganisierte Gruppe umzuwandeln und zum Gruppenkampf zu hetzen.

Sprechen wir allein von dem Klassenkampf, in dem heute das deutsche Volk steht. Eine kleine, aber mächtige Gruppe — wer das Land hat, hat die Macht! — hat sich der Regierungsverwaltung bemächtigen können, dank schweren Fehlern, die die Unterklasse begangen hat, und ist nun am Werke, dem Volke alles dasjenige mit Gewalt wieder aufzudrängen, was sie als „gottgewollt“ betrachtet: vom „Schutz der Landwirtschaft“, das heißt: dem Schutz der Rente von ein paar tausend Großgrundbesitzern, abwärts bis zum „Zwickel“ an der Badehose, von der geistlichen Schulaufsicht bis zu der Vorkühnung des Rundfunks, von der Monarchie bis zum Verbot der Anstalten für Körperkultur, von der militärischen Aufrüstung abwärts bis zur Ersetzung des Bubikopfs durch den „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisknoten“ und des kniefreien Kleidechens durch den langen Stauberreger von Dünemals.

Wie gesagt: Das Arge daran ist, daß sie heilig daran glauben, damit wirklich Gott zu dienen. Sie sehen in einem Spiegel, erblicken ihr eigenes Antlitz und glauben, die Wirklichkeit der Welt zu erschauen, sehen nichts als ihre Klasseninteressen und glauben, die höchsten Interessen der Menschheit zu sehen. Das nennt die Soziologie die „persönliche Gleichung“. Das allein erklärt das ausgezeichnete Gewissen, mit dem sie vorgehen: Der Zweck heiligt auch hier die Mittel, rechtfertigt alle Schikane, alle Rechtsbeugung, wenn nicht Rechtsbrechung, alle Brutalität des Vorgehens. Gegen die Feinde der gottgewollten Dinge kann es keine Rücksicht geben!

Von hier verstehen wir nun auch, warum die ganze amorphe Masse zwischen Oben und Unten, der sogenannte „Mittelstand“, der heute größtenteils ohne „Mittel“ ist und niemals ein „Stand“ war, sich mit so großer Hartnäckigkeit, ja Erbitterung für Interessen einsetzt, die nicht die seinen sind, nein, die oft genug den seinen schnurstracks entgegenlaufen. Mit der reinen materialistischen-Geschichtsauffassung lassen sich diese Erscheinungen nicht erklären. Es sind nicht nur frühere Hoflieferanten und Hofbeamte, die die Reihen der Nationalsozialistischen Partei füllen, die im übrigen ein grotesques Bild jenes sogenannten „Mittelstandes“ ist: insofern sie in dem, was sie ihr Programm zu nennen beliebt, alle die tausendfach auseinander weichenden und gegeneinander brandenden Interessen aller der nicht hochorganisierten Gruppen und Gruppenchen zu verflechten vorgibt. Nie Mehrzahl ihrer Mitglieder wird sich ja in den nächsten Jahren einer der hochorganisierten Gruppen, die meisten der unteren, der kommunistischen, anschließen: aber zwischen Oben und Unten wird der Klassenkampf immer heftiger entbrennen, solange es noch Klassen gibt.

Vermaledeite Sozialpsychologie!

1. Hahn, ehemals Sturmführer des Charlottenburger Mordsturms 33; den gegen ihn laufenden Stockbrief hat der politische Dezerent der Berliner Staatsanwaltschaft III, Stenig, — wir stellten ihn gestern unseren Lesern als Arbeiterfeind vor — zurückgezogen, weil seiner Auffassung nach Hahn nur Straftaten nachgewiesen werden könnten, die unter die Amnestie fallen.

2. Maikowski, Nachfolger Hahns als Führer des Mordsturms 33; der Untersuchungsrichter beim Landgericht III in Berlin hat ihn mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft III aus der Haft entlassen, da auch bei Maikowski die Amnestie Anwendung finde.

Wir erinnern zunächst an einige gerichtsnotorische Tatsachen über diese beiden Mörder. Tatsachen, die Rechtsanwalt Litzen anläßlich des großen Kommunistenprozesses am Berliner Sondergericht mitgeteilt hat:

1. In der Sylvesternacht 1930/31 wurden unter Führung des Sturmführers Hahn die Brüder Ernst und Robert Riemenschneider überfallen und schwer verletzt.

Beide erhielten drei schwere Stichverletzungen. Bei Robert Riemenschneider blieb als Folge der Verletzungen eine dauernde Lähmung zurück. Sechs Mitglieder des Sturmes 33 wurden unter Anklage gestellt. Der Sturmführer Hahn flüchtete, weil er aus der Haft entlassen wurde. Von den Angeklagten erhielt einer vier Jahre Gefängnis wegen versuchten Totschlages.

drei andere Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren.

2. In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1931 lauerte ein Trupp des Sturms 33 unter Führung des Sturmführers Hahn dem Arbeiter Otto Grüneberg auf, der genaue Kenntnisse der Bewaffnungsverhältnisse im Sturm 33 hatte und wegen seiner ovtl. Aussagen vor Gericht in den zahlreichen Prozessen gegen den erwähnten Sturm gefürchtet wurde. Der Plan zur Ermordung des Grüneberg war in allen Einzelheiten festgelegt. Grüneberg wurde erschossen.

Wie bereits erwähnt, entzog sich der Sturmführer Hahn seiner Aburteilung durch die Flucht.

3. Am 9. Dezember 1931 wurde auf Grund der Notverordnung des Reichskanzlers Brüning der sogenannte Weihnachtsburgfrieden eröffnet. An demselben Tage eröffnete der Sturm 33 am Abend ein Feuer gegen eine Anzahl Arbeiter. Bei diesem Feuerüberfall wurde der Arbeiter Walter Lange erschossen, zwei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt.

AUS DEM INHALT:

- Agrarische Zweckstatistik.
- Die Klassenfront gegen Nicole.
- Die junge Arbeiterin.
- Der Leidensweg eines Erwerbslosen.
- „Wir beweisen nicht! Wir schimpfen!“

Der Sturmführer Maikowski teilte dem Gericht schriftlich mit, daß er sämtliche Schüsse abgegeben habe, sich aber dem Gericht nicht stellen werde. (Im Oktober ist dann Maikowski verhaftet worden.)

Das Amnestiegesetz schließt von der Amnestie aus „Verbrechen gegen das Leben... wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist...“ also auch versuchten Totschlag, wenn dieser die Verletzung eines Menschen zur Folge hatte. Um unseren Lesern die Anwendung dieser Bestimmung auf die Taten der Mörder Hahn und Maikowski zu erleichtern, haben wir in deren Register die zu beachtenden Stellen durch Fettdruck hervorgehoben.

Die genannten Tatsachen sind gerichtsnotorisch, die Bestimmungen über die Amnestie liegen schwarz auf weiß fest.

Beides zusammengenommen läßt schlechterdings keinen anderen Schluß zu, als daß Staatsanwaltschaftsrat Stenig und die anderen Beteiligten widergesetzlich nationalsozialistische Mörder amnestiert haben.

Diese Justiz mag mit Terror-Notverordnungen oder mit Amnestien hantieren — sie zeigt das gleiche Gesicht, dessen Anblick uns mit Empörung erfüllt.

Schon schreit der „Angriff“ in breiten Schlagzeilen nach der Freilassung der Mörder von Potempa.

Nun, der deutsche Staat war sowieso seit langem ein Parade für Mörder; man sieht, daß hier noch Steigerungsmöglichkeiten waren.

Die Lebensgefahr für die Arbeiter auf der Straße steigt wieder. Wie soll das in Charlottenburg gut gehen, wenn die Hauptinspiratoren und Organisatoren der Mord des Sturms 33 wieder offen und frei unter ihren Gehilfen auftreten dürfen?

Hunger über Deutschland.

In Dortmund hielten die Erwerbslosen-Kundgebungen auch während des Freitag an. Hunderte von Frauen belagerten das Wohlfahrtsamt und verlangten, den Oberbürgermeister und den Wohlfahrts-Dezernenten zu sprechen. „Hunger!“ „Nieder mit Schleicher!“ Natürlich war die Polizei aktiv. Abends verteilten einige Geschäftsloute Lebensmittel an die Demonstranten. Es kam auch zu Plünderungen.

Die Stadtverwaltung in Wanne-Eickel hat unter dem Druck von Hunger-Demonstrationen den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern eine Sonder-Unterstützung von 2 Mark pro Kind gewährt.

In Wuppertal kam es am Donnerstag abend und in der Nacht zum Freitag zu blutigen Kundgebungen. In Barmen Zusammenstoß von etwa 800 Demonstranten mit Polizei. Ein Beamter schoß und verletzte drei Personen. „Eine weitere Person wurde durch einen geschickten Polizeigriff (?) erheblich verletzt“, meldet Hugenbergs Kriegsbericht. Auch in Elberfeld schoß die Polizei bei einem Zusammenstoß mit einem Demonstrationszug. In beiden Stadtteilen wurden Schaufenster eingeschlagen und Auslagen geplündert.

Ähnliche Vorgänge in einer Reihe anderer Städte des Ruhrgebiets.

In Hamburg auch am Freitag Unruhen bei den Wohlfahrtsstellen.

In Oppeln am Freitag Erwerbslosen-Kundgebungen gegen den Magistrat.

In Hindenburg am Freitag abend eine Hunger-Demonstration von etwa 800 Menschen.

In Berlin-Neukölln bildeten sich am Freitag Kundgebungen bis zu etwa hundert Menschen, die schnell von der Polizei auseinander getrieben wurden.

Die Berliner Polizei ist vorbereitet, gegen Weihnachts-Hungermärsche und „Gottlosen-Kundgebungen“ am sogenannten Heiligen Abend ohne weiteres einzuschreiten.

Es gibt zwar in Preußen kein Demonstrationsverbot mehr. Die Polizei verschanzt sich zur Begründung ihres Vorgehens hinter Hindenburgs Burgfriedens-Verordnung, die öffentliche politische Versammlungen bis zum 2. Januar verbietet.

Es ist nichts als ein Erinnern an die nackte Wahrheit, wenn die Millionen Erwerbslosen täglich der Öffentlichkeit eindrucksvoll einhämmern, daß sie hungern. Dieses Einhämmern ist nichts weiter als ein Anmelden der Rechte der Hungernden. Die Regierung aber will nicht, daß diese Wahrheit eingehämmert, daß diese Rechte angemeldet werden — das ist der Sinn des Burgfriedens! Im Namen des Rechts und der Wahrheit also:

Nieder mit dem Burgfrieden!

Die Klassenfront gegen Nicole.

Wir schrieben schon vor einigen Tagen, daß in bezug auf die Genfer Schießerei das gesamte Bürgertum gegen die Arbeiterschaft Front macht. Eine Ausnahme macht nur der „Manchester Guardian“, der in dieser Frage mehr Mut bewiesen hat, als ähnlich gerichtete Blätter der Schweiz und Deutschlands. Er schrieb u. a.:

„Kein Berufsheer hätte sich unter ähnlichen Umständen so benommen, schon weil Offiziere und Soldaten nicht den Kopf verloren hätten.“

Auch die Genfer Behörden haben einen großen Teil der Verantwortung. . . . Es war eine Provokation, 600 Soldaten am Nachmittag aus Lausanne zu holen und sie durch die Straßen von Genf marschieren zu lassen.

Die Massen waren mit nichts Gefährlicherem als Pfeifen und, in einigen wenigen Fällen, mit Pfeffertüten bewaffnet.

Die Forderung der Demonstranten, zu einer öffentlichen Versammlung in einem öffentlichen Saal zugelassen zu werden, die zur Herausforderung ihrer Führer veranstaltet worden war, war völlig berechtigt. Die Genfer Behörden haben kein Recht, die Demonstranten auszuschließen und die Polizei einzusetzen, um den faschistischen Einberufern der Versammlung eine freundliche Zuhörerschaft zu sichern. Trotzdem machte die Masse nichts anderes als etwas Lärm, bis die Soldaten eingesetzt wurden. Sie begannen, sich mit der Masse zu verbrüdern, und dies ist wahrscheinlich der Grund dafür, daß geschossen wurde. . . . Dann eilte ein Offizier zurück zu den Baracken, und das Maschinengewehr wurde herausgebracht und vor dem Ausstellungsgebäude aufgestellt. . . . Von dem Maschinengewehr wurde gefeuert, ohne daß vorher irgend eine Warnung gegeben wurde, abgesehen von einem Trompetenstoß, aus dem natürlich nicht zu entnehmen war, daß geschossen werden sollte.

Die Massen betrachteten, da sie nicht die üblichen Warnungssignale gehört hatten, die ganze Angelegenheit als einen Spaß, bis sie die Opfer zu Boden fallen sahen.“

Dagegen schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Als in Genf in Erwartung größerer Ansammlung agitatorisch aufgeregter Massen die Truppe herangezogen ward, konnte nicht angenommen werden, daß die Menge soweit gehen würde, die Soldaten, die zunächst mit ungeladener Waffe vorgeschickt worden waren, zu entweichen, zu mißhandeln und zu verwunden, wie es geschehen ist. Bei aller Schärfe der lokalen politischen Spannung wäre es nicht dazu gekommen, wenn nicht die jahrelange zügellose Agitation Nicoles den Boden vorbereitet und die unklare Haltung der Parteileitung die maßlose Wühlarbeit indirekt begünstigt hätte.“

Der „Neuen Zürcher (demokratischen!) Zeitung“ geht es in dieser Frage um mehr als die bloße Hetze gegen die vom Militär überfallenen Arbeiter und ihrer Führer:

„Wir müssen uns besinnen, daß nicht nur der Widerstand gegen die Staatsgewalt der Ahndung bedarf, sondern auch die Aufforderung dazu. . . . Gewiß ist an sich die Freiheit nicht nur der privaten, sondern auch der öffentlichen Meinungsäußerung in Wort und Schrift ein Grundrecht unserer persönlichen und staatlichen Rechtsanschauung. Aber es handelt sich weniger um die Frage, ob wir dieses selbstverständliche Recht aufrecht erhalten wollen, als wie weit es gehen soll.“

Nicole hat die Freiheit, die er unter diesem System noch hatte, dazu benutzt, sich um die Einheitsfront der Arbeiter gegen diese Gesellschaftsordnung einzusetzen. Unter Nichtachtung nicht nur demokratischer Freiheiten, sondern auch geschriebener Gesetze ist er von den Behörden festgenommen und für die Vorgänge vom 9. November verantwortlich gemacht worden. Es ist zu erwarten, daß ein

Klassenurteil unerhörter Schärfe gegen ihn gefällt wird, wenn sich dieser Einheitsfront des Bürgertums nicht

eine Einheitsfront aller anständigen Menschen entgegenstellt, die in der ganzen Welt einen Protest gegen dieses Vorgehen auslöst.

Kabinettskrise in Bulgarien.

Die Absicht der bulgarischen Regierung, die Stellung des Kabinetts durch den am Donnerstag erfolgten Rücktritt des Justizministers nicht zu gefährden, scheint nicht durchführbar zu sein. Die jetzt nur schwach in der Regierung vertretene Agrarpolitik fordert die Ueberlassung eines wichtigen Ministeriums. Die übrigen Koalitionspartner wollen diesem Wunsch nicht nachgeben und drohen mit dem Rücktritt des gesamten Kabinetts.

Waffenschmuggel von Belgien nach Deutschland?

In Hoensbroek bei Heerlen (Holland) wurden von der Polizei in der Wohnung eines Bergmanns 200 Browning-Pistolen und 2000 dazu gehörige Patronen beschlagnahmt. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Waffen aus Belgien eingeschmuggelt worden sind und daß sie wahrscheinlich nach Deutschland weiter befördert werden sollten.

Die belgische Kammer sprach der Regierung Broqueville am Freitag mit 100 gegen 80 Stimmen das Vertrauen aus.

Nach der italienischen Amnestie.

Nach einer Mitteilung des italienischen Justizministeriums beträgt nach der Durchführung der Amnestie die Zahl der in Italien sich in Haft befindenden Antifaschisten noch 337.

Aus diesen Angaben geht nicht hervor, wieviele Antifaschisten sich außerdem noch auf den deportierten Inseln befinden, von den aus Italien Verbannten ganz zu schweigen.

Russische Zeitungen.

Im Jahre 1933 werden in Rußland etwa 30 Zeitungen erscheinen: in deutscher, englischer, polnischer, griechischer, bulgarischer, türkischer, lettischer, litauischer, estländischer

und finnischer Sprache. Außerdem sollen im Jahre 1933 in Moskau täglich eine französische, eine japanische und eine chinesische Zeitung herausgegeben werden. Die Zeitungen sind auch für das Ausland bestimmt.

Roosevelt über sein Regierungsprogramm.

Roosevelt sagte in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten, daß er den amerikanischen Zolltarif grundsätzlich ändern wolle und die Zölle auf einen möglichst niedrigen Stand herunterdrücken würde. Zur Frage der Kriegsschulden sagte Roosevelt, daß man jedem Gläubiger Gelegenheit bieten müsse, den Stand der Dinge klarzulegen und ihm Aufmerksamkeit schenken müsse, was darauf hinzuweisen scheint, daß der neue Präsident sich den Mächten gegenüber, die im Dezember die fällige Schuldentrate nicht bezahlt haben, nicht allzu hart zeigen wird. Ferner sagte Roosevelt, daß er die Prohibition möglichst schnell aufheben wolle. Er versucht, diese Maßnahme durch den Hinweis populär zu machen, daß dem Staat mehrere Hundert Millionen Dollar durch die Alkoholsteuer zufließen werden.

Der Berichterstatter des Senats in dem Sonderausschuß, der zur Behandlung der Frage, ob den in die Steuerhinterziehungsaftäre verwickelten Parlamentariern die Immunität entzogen werden soll, eingesetzt worden ist, hat sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen. Sogar im Fall einiger Senatoren, die selber die Aufhebung ihrer Immunität verlangten, weil sie die gegen sie erhobenen Beschuldigungen für ungerechtfertigt halten, wird dem Antrag nicht stattgegeben. Die Berichterstatter der Kammer haben sich dagegen für die Aufhebung der Immunität des beteiligten Abgeordneten ausgesprochen.

Die irische Regierung hat die gegen England erhobenen Kampfzölle weiter erhöht.

Die Tiere sind, Gottlob, international; auch unsere Menschenwürde reicht über die Grenzen, und weil die Tiere ganz von den Menschen abhängig sind, wollen wir für ihre Rechte in die Schranken treten.

Daher wiederhole ich meinen damaligen Protest vom Oktober 1931, und bitte nochmals dringend, bei Ihrer Regierung auf Maßregeln gegen diese Schandtat Ihres Landes zu dringen.

Hochachtungsvoll

H. W. Knoest.

Die junge Arbeiterin.

Unter dem Titel: „Die jugendliche Arbeiterin, ihre Arbeitsweise und Lebensform“ (1932 bei Mohr [Tübingen]), hat Liesbeth Franzen-Hellersberg ein Buch geschrieben, dessen eingehendes Studium gerade all denen sehr empfohlen werden kann, deren Aufgabe es ist, Arbeiterinnen zu organisieren und sie zu beteiligen an den Klassenkämpfen des Proletariats. Wir kennen die immer wiederkehrenden Klagen über die hier vorhandenen großen Schwierigkeiten: über Oberflächlichkeit und Interesselosigkeit, Unsachlichkeit und Unverträglichkeit, über Mangel an Solidarität bei den Frauen, und gerade bei den jungen Arbeiterinnen. Dies Buch zeigt in erschütternder Einfachheit und Objektivität den Boden, auf dem diese Eigenschaften erwachsen: das proletarische Familienleben, die Kindheit ohne Wärme, die frühe Arbeitsüberlastung gerade der Mädchen, die Gehetztheit und Plackerel der Proletarierfrauen und Mütter; die Fabrikatmosphäre, die keinen Raum läßt für eine geistige und seelische Entwicklung der Mädchen, ja die vielmehr in raffiniert-rationeller Weise die von Kindheit an genährte genügsame Willigkeit und das Gefühl eigener Minderwertigkeit erhält und fördert im Interesse der leichteren Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Die Abhängigkeit von Vorarbeiter und Meister, die Möglichkeit zu persönlichen Vorteilen auf Grund der Ausnutzung sexueller Anknüpfungen,

Die „ungesehenen Mörder“.

In den Vereinigten Staaten werden Zahlen über die französische Waffenausfuhr veröffentlicht, die angesichts der verschiedenen Kriege und der steigenden Unsicherheit im vergangenen Jahr außerordentlich gesteigert werden konnte.

Während der ersten neun Monate des Jahres 1932 hat die französische Ausfuhr an Waffen und Munition 131,8 Millionen Francs eingebracht gegenüber nur 63,4 Millionen Francs während derselben Periode des Vorjahres.

Dabei ist zu beachten, daß die Gesamtausfuhr Frankreichs in diesem Jahr um 38 Prozent unter der von 1931 liegt! 13,5 Millionen Francs entfallen auf Waffenlieferungen an China. Die Ausfuhr nach Japan ist wahrscheinlich bedeutend größer. Die großen französischen Waffenfabriken von Schneider und Hotchkiss sind, im Gegensatz zu der übrigen Industrie, voll beschäftigt.

Auch die britischen Rüstungsfirmen sind in der Belieferung des Fernen Ostens mit Kriegsmaterial völlig unparteilich.

Der ganze Krieg in der Mandschurei wäre ohne Hilfe der in Europa sitzenden „ungesehenen Mörder“ — wie Norman Angell die Rüstungsindustriellen nennt — unmöglich. Seit einigen Jahren, so heißt es in einer englischen Broschüre über die Rüstungsindustrie, ist der Ferne Osten der größte Waffenmarkt. Japan hat das mandchurische Abenteuer sowohl in eigenen Werken, als auch durch Einfuhr aus Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich und Spanien vorbereitet. China, das fast keine eigenen Waffenfabriken besitzt, ist der größte Waffenkäufer der Welt. Der bedeutendste Teil seiner Einfuhr kommt aus Hamburg, das der Hafen der tschechischen Skoda-Werke ist. China führt auch aus Norwegen, Belgien und England Waffen ein. Seit einigen Jahren kauft es aber einen zunehmenden Teil seiner Rüstungen von japanischen Werken (!), die 1930 nicht weniger als 37,5 Prozent der gesamten Waffeneinfuhr lieferten. 1930, das Jahr vor dem jetzigen Streifzug in China, war das goldene Jahr für die Rüstungsfabriken in Japan, Belgien, Deutschland, den USA, etwas weniger auch für Großbritannien und Norwegen.

Schanghai ist jetzt ein Zentrum der Rüstungsindustrie des ganzen Fernen Ostens geworden. Es ist ein Umschlaghafen, wo die Waffenlieferungen europäischer Firmen assortiert werden: der eine Teil kommt nach China, der andere nach Japan.

Vertagter Massenmord.

Aus La Paz erfährt die Telegraphen-Union:

Bolivien und Paraguay haben sich infolge des Ersuchens des Papstes bereit erklärt, zu Weihnachten einen 24stündigen Waffenstillstand an der Gran Chaco-Front einzuhalten. Das Feuer wird am 24. Dezember um 22 Uhr auf beiden Seiten eingestellt werden.

Die Heuchelei der christlichen Ordnung ist so deutlich wohl noch nie zum Ausdruck gekommen wie hier: Während der Feiertage fällt das Morden aus!

Eine Gefährdung des europäischen Friedens.

Einige englische Politiker aus dem Lager der Labour Party und der Liberalen Partei, die kürzlich aus Jugoslawien zurückgekehrt sind, haben einen Aufruf erlassen, in dem im Interesse des europäischen Friedens grundlegende Veränderungen an der Verfassung Jugoslawiens verlangt werden. Die Regierungen Englands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Rumäniens werden aufgefordert, der jugoslawischen Regierung keinerlei Finanz erleichterungen zu gewähren, solange diese Verfassungsänderung nicht durchgeführt worden sei.

Angesichts der beinahe einstimmigen Opposition der jugoslawischen Westprovinzen gegen die Belgrader Diktatur, so heißt es in der Erklärung, sei eine Lage entstanden, die eine dauernde Versuchung für die einem jugoslawischen Einheitsstaat feindlich gegenüberstehenden Nachbarregierungen darstelle und die eine ständige Gefährdung des europäischen Friedens bedeute. Wenn ein vollkommener Zerfall Jugoslawiens verhütet werden solle, müsse eine bundesstaatliche Verwaltung mit Provinzautonomie eingeführt werden.

Womit der Hohe Deutsche Adel sich beschäftigt!

Von einem bekannten Tierschützer, der sich vor allem gegen das heute in manchen Ländern, besonders in Deutschland beliebte sogenannte Katzenwürgen wendet, bei dem Hunde damit abgerichtet werden, daß man sie auf zahme Katzen losläßt, denen obendrein die Krallen beschnitten worden sind, erhalten wir eine Zuschrift, aus der wir entnehmen, daß angefangen von Herzögen und aufhörend mit gewöhnlichen Freiherren, viele Leute von „hohem“ Adel sich an der Spitze der Katzenwürgerei befinden.

Unser Gewährsmann sendet uns ferner die Abschrift eines Briefes, bei dem wir nicht nachprüfen können, ob der darin behandelte Tatbestand stimmt. Aber da sich der Verfasser auf eine Unterredung mit dem Empfänger beruft, halten wir das Ganze jedenfalls nicht für ausgeschlossen. Wir bitten deshalb alle Leser, den Verfasser des Briefes und überhaupt alle Betreibungen zu unterstützen, die darauf aus sind, die greuliche und zudem zwecklose Unsitte des Katzenwürgens zu beseitigen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„An die Deutsche Gesandtschaft im Haag.“

Zu meinem großen Bedauern erfahre ich aus Deutschland, daß bei der Prüfung mit Würgen von Füchsen und Katzen in Hohenstein, das Bild des Herrn Reichspräsidenten mit eigener Unterschrift als höchste Auszeichnung zur Verfügung gestellt worden ist.

Bei unserer letzten Unterredung gab Ihr Legationssekretär uns die Versicherung, daß die Regierung alles Mögliche tun würde, um den Wünschen der Gegner des Katzenwürgens entgegen zu kommen, und verwundert es mich deshalb umso mehr, daß der Herr Reichspräsident doch einen Preis, und selbst sein Bild mit Unterschrift zur Verfügung stellt, wo Tausende und abermals Tausende in der ganzen Welt energisch gegen diese grausame Tierquälerei protestiert haben.

dies alles hindert bei den jungen Arbeiterinnen in besonderem Maße das Zustandekommen von Kollegialität und solidarischem Zusammenstehen. Die trübe Schwere der Kindheit, die nüchterne Spannungslosigkeit der Pubertätszeit läßt diese Jugend früh zu vitalen Ausgleichungen greifen: zu leicht zu erlangenden materiellen Genüssen (Kleidung, Kino), zu sexueller Frühverkehr. Dies frühe Aufgehen in der sexuellen Sphäre verhindert wiederum erfahrungsgemäß in den meisten Fällen die geistige Pubertät, das heißt die Entwicklung zu eigenem geistigen Leben, deren die Mädchen in anderem Milieu, bei anderer Erziehung durchaus fähig wären — auch dafür gibt Franzen-Hellersberg gute Beispiele.

Dieses Buch will dem „Zweck der Umwertung proletarischer Tatbestände“ dienen; die aus bürgerlichen Kreisen Stammenden, die Verantwortung für diese Mädchen übernehmen, mahnt es, den „eigenen ‚moralischen‘ Halt nur als ein unverdientes Geschenk bürgerlich behüteter Erziehung“ zu betrachten. Es will eine „gerechte Beurteilung des zerrissenen proletarischen Daseins“ ermöglichen. Es ist aber über diesen Zweck hinaus sehr geeignet, auch in der Arbeiterschaft selber, sowohl Männern wie den Frauen selber, ein tieferes Verständnis für die Zusammenhänge des proletarischen Frauenschicksals zu vermitteln; dieses Verständnis soll ihnen dazu helfen, Wege zu finden, trotz aller Schwierigkeiten wenigstens einen Teil der proletarischen Frauen für den sozialistischen Kampf zu gewinnen. Nur dieser Kampf, an dessen Ende eine neue Gesellschaftsordnung steht, wird eine wirkliche Befreiung aller Frauen bringen.

„Die Hoffnung, Abhilfe schaffen zu können, bleibt gering“, sagt Franzen-Hellersberg. Sie hat nur so weit Recht, wie sie an Abhilfe im Rahmen der kapitalistischen Ordnung denkt. Als Urteil für die Zukunft können wir einen solchen Pessimismus ab; denn trotz aller Widersinnigkeit der Gegenwart lebt unsere Zuversicht, daß die Unterdrückten aus eigener Kraft sich eine neue Welt zu bauen vermögen, aus der auch die Ausbeutung der Frauen verschwunden sein wird.

Maria Hodann.

Um die Verkürzung der Arbeitszeit.

(IGB) Am 10. Januar wird in Genf die vom Internationalen Gewerkschaftsbund seit langem geforderte Konferenz der drei Parteien (Unternehmer, Arbeiter und Regierungen) zur Prüfung der technischen Probleme der Arbeitszeitverkürzung zusammentreten. Ihre Schlussfolgerungen sollen der am 31. Mai anberaumten 17. Internationalen Arbeitskonferenz unterbreitet werden und zum Abschluß einer Konvention führen.

Diese Schlussfolgerungen können nur dahin lauten, daß mit und ohne Krise eine beträchtliche Verkürzung der Arbeitszeit notwendig ist!

In dem Beschluß, der im Mittelpunkt der Besprechungen der jüngsten Tagung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes der A. F. of L. stand, heißt es wörtlich:

„Die technischen Verbesserungen, insbesondere durch automatische und halbautomatische Maschinen, sind soweit gediehen, daß Arbeitslosigkeit auch dann nicht vermieden werden könnte, wenn in der ganzen Wirtschaft die kürzeste Arbeitszeit und der höchste Lohn der Zeit vor der Krise Allgemeingültigkeit erhielten.“ (Diese Behauptung geht allerdings zu weit, wenn der höchste Lohn aus der Zeit vor der Krise allgemeingültig würde, so könnte wohl all das abgesetzt werden, was die Arbeiter in acht Stunden produzieren. Red.)

Die gleiche Entschliebung macht folgende Angaben: Schon im Jahre 1929, als die Wirtschaft den höchsten Grad der Produktivität erreichte, gab es 2,4 Millionen Arbeitslose. Im Vergleich zu 1919 war damals die Produktion um 42% gestiegen, die Zahl der Arbeiter in Fabriken war jedoch im Vergleich zu 1919 bereits um 241 000 gesunken. Die Eisenbahnen transportierten größere Mengen von Gütern, hatten jedoch 362 000 Arbeiter entlassen. Die Kohlengruben hatten 122 000, die Landwirtschaft 800 000 Arbeiter abgebaut!

Die A. F. of L. verlangt:

1. Das Parlament soll die Arbeitszeit in Staatsdiensten auf höchstens 30 Stunden pro Woche festsetzen (davon würden 1 Million Arbeiter betroffen).

2. Die Eisenbahner sollen sechs Stunden pro Tag arbeiten.

3. Es soll eine große Kampagne zugunsten der Fünftage- und des Sechsstunden-Tages in der Privatindustrie eingeleitet werden, wobei wenn nötig, in gewalttätiger Aktion vorgegangen werden soll. Es soll eventuell ein Verband bezeichnet werden, der in dem kommenden Kampfe als Stoßtruppe Dienst tut. (Als im Jahre 1897 in den USA die Parole des Achtstundentages ausgegeben wurde, wurde diese Rolle vom Verband der Schreiner übernommen. Red.)

4. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit soll eine Erhöhung der Löhne gefordert werden.

Die A. F. of L. jagt mit ihren Forderungen keiner Utopie nach. Schon unter der Regierung Hoovers ist auf ihr Antreiben hin in den Staatsbetrieben mit der Verkürzung der Arbeitszeit ein Anfang gemacht worden. Die Demokratische und die Republikanische Partei haben sich in ihren kürzlich abgehaltenen Jahresversammlungen entschieden für die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen.

Die USA, ein ganzer Kontinent, fordern Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeiterorganisationen aller Länder und Richtungen stehen auf dem gleichen Standpunkt. Kein ernst zu nehmender Wissenschaftler steht in dieser Kampagne abseits.

An die Vorbereitende Technische Konferenz in Genf wendet sich die Stimme einer ganzen Welt. Sie erwartet von ihr eine eindeutige Antwort!

Arbeitszeitdebatte im britischen Unterhaus.

(IGB) Im britischen Unterhaus fand kürzlich im Zusammenhang mit der Unterbreitung eines Gesetzentwurfes zur Einführung des 6-Stunden-Tages eine interessante Debatte

statt, über die die „Industrial News“, das Wochenorgan des Britischen Gewerkschaftsbundes, wie folgt berichtet:

„Wallhead, der den Gesetzentwurf unterbreitete, sieht das Hauptargument für seine Befürwortung in der Tatsache, daß es z. Zt. in Großbritannien 8 Millionen Arbeitslose gibt und die Arbeitslosigkeit immer noch im Steigen begriffen ist. Er wies auf das erstaunliche Tempo der Mechanisierung hin und teilte mit, daß die Gesamtproduktion der Wirtschaft in den Jahren 1907 bis 1929 um 25 Prozent stieg. Sollen 8 Millionen Arbeitslose, d. h. — mit ihren Familien — 9 bis 10 Millionen Menschen zu Armut und Elend verurteilt sein, weil sie mehr produzieren können als in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung konsumiert werden kann?“

Auf die Feststellung des Ministerpräsidenten, wonach das Problem u. a. durch die Erweiterung des Absatzmarktes gelöst werden könne, und es darum gehe, die eingebühten Handlungsmöglichkeiten wiederherzustellen, erwiderte Wallhead, daß der Export um nicht weniger als 350 Millionen Pfund Sterling gesteigert werden müßte, wenn damit eine einzige Million Werktätige in Arbeit gebracht werden soll. Bei zwei Millionen Erwerbslosen beziffert sich die entsprechende Zahl der Exporterhöhung auf 700 Millionen Pfund Sterling! Dazu kommt, daß alle großen industrialisierten Länder für ihre Ueberproduktion Märkte suchen. Sie alle leiden unter dem Fluch der Ueberproduktion; sie alle jagen nach neuem Absatz!

Die Opposition von seiten der Regierung lieferte Beweise für eine erstaunlich kleinliche Einstellung. Ein konservativer Abgeordneter hatte sogar den Mut, die Ablehnung des Gesetzentwurfes hauptsächlich aus der Erwägung heraus zu befürworten, daß die Menschen grundsätzlich mehr als sechs Stunden pro Tag arbeiten sollten. Er hält es weder moralisch

noch sozial für empfehlenswert, irgend jemand der Pflicht zu entheben, mindestens 8 Stunden pro Tag zu arbeiten. Ein anderer Konservativer machte die lächerliche Ueberlegung, daß zwei Schichten à 6 Stunden pro Tag einem Arbeitstag von 12 Stunden und einer Produktionssteigerung von 50 Prozent gleichkämen und deshalb die Absichten des Gesetzes erreicht wären, wenn der durchschnittliche Arbeitstag auf 12 Stunden festgelegt würde!

Der Arbeitsminister hielt von der Seite der Regierung die entscheidende Rede. Er brachte ebenfalls äußerst seltsame Argumente vor. Nach seiner Ansicht würde die Annahme des Gesetzes zur Folge haben, daß in wenigen Wochen alle zur Zeit vorhandenen gewerkschaftlichen Abkommen, die er als „nützliche Instrumente des Wirtschaftsfriedens“ bezeichnet, zerrissen würden. Der Gedanke, daß die Gewerkschaften, deren Mitglieder nun von einem Kollektivvertrag erfaßt werden, seine Revision ins Auge zu fassen hätten, schien ihm mit Schrecken zu erfüllen. Ferner machte er darauf aufmerksam, daß die Einführung des 6-Stunden-Tages sofort eine ernsthafte Desorganisation der Industrie und eine Auflösung der Gewerkschaftsbewegung zur Folge haben könnte. Endlich bediente er sich des an den Haaren herbeigezogenen Arguments, daß bei einer Annahme des Gesetzes alle die Arbeitszeit der Frauen und Kinder einschränkenden Gesetze sowie die Bestimmungen über die Nacharbeit außer Kraft treten würden und so die betroffenen Arbeiter des ihnen z. Zt. zustehenden Schutzes beraubt wären.

D. Grenfell, der das Gesetz verteidigte, erinnerte daran, daß das Internationale Arbeitsamt die Behandlung der Arbeitszeitfrage in die Hand genommen habe und Großbritannien als der älteste und bedeutendste Industriestaat angesichts seiner reichen Erfahrungen in dieser Angelegenheit spezielle Verantwortungen habe und an der Spitze marschieren sollte.

Der Gesetzentwurf wurde mit 187 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

„Wir beweisen nicht, sondern schimpfen“.

Kommunistische Selbstkritik.

Bg. In der kommunistischen Zeitschrift „Der rote Aufbau“ meinte Bela Kun neulich in einem Aufsatz „Der Kommunismus im Kampf gegen die Sozialdemokratie“, daß „die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, die Gewinnung ihrer Mehrheit für den revolutionären Kampf, ihre Mobilisierung für politische Massenstreiks und ihre Anleitung zu entscheidenden Kämpfen der Arbeiterklasse für die Diktatur des Proletariats, nicht unter den Bedingungen eines abgeschwächten, sondern im Gegenteil eines verschärften Kampfes gegen die sozialdemokratischen Parteien und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie möglich sind.“

Es ist gewiß lobenswert, wenn die KP die Fehler des Reformismus bekämpfen will und wenn sie bereit ist, den Massen die Notwendigkeit eines revolutionären Klassenkampfes zu zeigen. Wenn aber daran liegt, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Reaktion der Gegenwart zu schlagen, um den Weg frei zu machen für Fortschritte der Arbeiterbewegung, der wird danach streben müssen, auch mit denen gemeinsam zu kämpfen, die — leider mit guten Gründen — nicht bereit sind, sich der kommunistischen Führung bedingungslos zu unterwerfen.

Worin diese guten Gründe derer bestehen, die zwar bereit sind, am Klassenkampf teilzunehmen, die sich aber nicht dem Diktat der KP unterwerfen wollen, daß weiß auch Bela Kun recht gut, heißt es doch in dem erwähnten Aufsatz:

„Bedeutsame Mängel zeigen unsere Kampfmethoden gegen die Sozialdemokratie auf. Wir wollen einige anführen: An Stelle der Ueberzeugung der sozialdemokratischen Arbeiter bloßes Schimpfen auf die Sozialdemokratie; viele Kommunisten glauben, daß sie mit Hilfe dieses

Schimpfens die sozialdemokratischen Arbeiter überzeugen können. Man muß zugeben, daß wir unsererseits jene Genossen, die mit den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und Mitglieder der reformistischen Verbände in Berührung kommen, sehr schwach mit den ideellen Waffen gegen die Sozialdemokratie ausrüsten. Den Redaktionen unserer Zeitungen und Zeitschriften scheint ständig alles, was die Sozialdemokratie betrifft, immer sehr klar und für die breiten Massen selbstverständlich zu sein. ... Es ist also nicht verwunderlich, wenn unsere Presse in vielen Fällen, statt zu beweisen, sich auf das bloße Schimpfen beschränkt.“

Solange dieser hier von einem Kommunisten selber kritisierte Zustand sich nicht ändert, hat die KP kein Recht, die Führung der Einheitsfront für sich allein zu verlangen. Und die kritisierten Zustände werden sich leider so bald nicht ändern. Wir haben trübe Erfahrungen gemacht mit kommunistischer Selbstkritik, vor allem die Erfahrung, daß die kommunistische Selbstkritik an einem Punkt immer aufhört: Die Kommunisten untersuchen selten,

warum aus der lobenswerten Selbstkritik nie die praktischen Konsequenzen gezogen werden.

Auch die Erkenntnis, daß die Kommunisten zuviel schimpfen, statt sachlich zu begründen, wurde ja nicht erst im Jahre 1932 gewonnen; dieser Mißstand ist vielmehr seit Jahren bekannt.

Solange die Kommunisten an diesem Punkt mit der Selbstkritik aufhören, solange werden sie nicht merken, daß ihre Schwäche nicht so sehr in einem Mangel an Intelligenz, sondern weit mehr

in einem Mangel an Charakter begründet ist.



BRUNO GLUCHOWSKI

KOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR

(40)

COPYRIGHT 1932 BY PAKKUNST-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 10

Günther Gerling setzt seine Erzählungen fort; er schildert in den Zeitungen das Leid der Bergarbeiter. Schon ist man auf ihn aufmerksam geworden. Die Kraft, die aus ihm spricht, ist die Kraft der Arbeiterklasse. Die Form seiner Arbeiten ist ihm vorerst nicht das Wichtigste, das Leben, das aus ihnen spricht, ist das Entscheidende. Lange hat man es unter den Kumpels nicht glauben wollen, daß einer der Ihren ihr Verteidiger, der Forderer nach Erfüllung der ihnen zustehenden Rechte ist. Dann aber, als man die unumstößliche Gewißheit hat, wandelt sich das Mißtrauen in helle Begeisterung. Auch die Zechenverwaltung wird auf ihn aufmerksam, sucht ihn erst einzuwickeln. Als das nichts fruchtet, sucht man einen Grund, ihn zu entlassen. Man hat keine Handhabe gegen ihn, auf seine literarischen Arbeiten hin kann man ihn nicht fassen. Sie sind nie maßlos im Angriff, schälen aber den Kernpunkt der Sache heraus. Man merkt bald, daß man es mit einem ebenbürtigen, wenn nicht überlegenen Gegner zu tun hat. Und in der Grubenarbeit kann man ihm auch nichts wollen, denn er ist einer der tüchtigsten und fleißigsten Kumpels. Sein Reviersteiger, der ebenfalls im Geheimen gegen die Beamtenaristokratie opponiert, stellt sich schützend vor ihn, rät ihm aber, seine Arbeiten nicht mehr unter seinen Namen zu veröffentlichen. Günther Gerling tut es nicht, er deckt das, was er schreibt, mit seiner Person. In ihm hat sich eine Wandlung vollzogen. Er ist nicht mehr der bedrückte, getretene Arbeiter, er ist einer, der sich dagegen mit einer guten Waffe wehrt. Sein Schaffen gewährt ihm innere Befriedigung, die Zufriedenheit seiner Kumpels damit ist Glückseligkeit für ihn und zeigt ihm, daß er auf dem richtigen Wege ist. Bekanntheit mit geistig schaffenden Menschen und Künstlern läßt sein Blickfeld weiter werden. Er ist einer aus der Masse, der über die Masse hinausragt.

ohne die innere Bindung mit ihr zu verlieren. Im Herbst erscheint ein Roman in der Zeitung, der die Verhältnisse in einer Bergarbeiterkolonie und der dazugehörigen Grube schildert. Verfaßt ist er von Günther Gerling. Die darin gezeichneten Menschen wirken so plastisch, daß sich die gesamte Zechenverwaltung von Westfalen darin wiederfindet. Eine solche Frechheit ist noch nicht dagewesen, offen werden sie in der Zeitung heruntergesetzt, wenn man ihnen auch andere Namen gegeben und den Ort der Handlung an eine andere Stelle des Ruhrgebietes verlegt hat. Günther Gerling wird zum 1. November gekündigt wegen „Arbeitsmangels“. Mit dieser Begründung kann man jede Entlassung rechtfertigen, ohne daß sie den Schein einer Maßregelung hat.

14 Tage noch, denkt Günther Gerling, dann ist meine Zeit herum.

Zwanzig Mann arbeiten im Jazzband, der Schüttelstrebe in Revier V. Jazzband wird sie von den Kumpels genannt, weil in ihr ein Transportband läuft, das die Kohlen aus der Strebe hinaus durch die Strecke in den Querschlag fördert, wo sie in die Wagen gefüllt werden. Zehn Abbauhämmer knattern wie eine Maschinengewehrabteilung, zehn Mann laden die losgebrochenen Kohlen in das Transportband.

„Los, Jungens, haut drin“, feuert Rutschenmeister Ladewig seine Leute an. „300 Wagen müssen heute kommen.“

Ladewig ist ein alter Hauer, der hier im Jazzband das Ganze hat. Klappt die Förderung nicht, dann kommt der Steiger zu ihm.

„Warum kommen keine Kohlen, Ladewig? Sorgen Sie dafür, daß es so schnell wie möglich wieder rundgeht.“

Der Schrei nach Kohlen ertönt in der Grube alles andere. Kohlen, Kohlen und noch einmal Kohlen. Ladewig ist dem Steiger gegenüber verantwortlich, daß alles klappt. Er hat es nicht leicht, dabei auch die Kollegialität seinen Kumpels gegenüber zu wahren. Aber trotzdem ist er keiner der schlechtesten. Er geht von einem zum anderen, hilft hier verbauen, schippt dort einen Berg Kohle weg oder macht Platz für ein Holz.

Kohlenbrocken krachen herunter, werden in Stücke geschlagen und weggeschippt. Das Transportband rasselt, die

Kohlen schlurfen gegen das Eisen, der Preßluftmotor singt seine eintönige Melodie. Puff — puff — puff — puff — puff — puff, Zwanzig Mann arbeiten im Schweiß, der an ihren Körpern herunterrieselt. Sie brechen die Kohle los, schippen sie weg, schneiden Stempel zurecht und treiben sie unter die Schalhälzer, die das Gebirge stützen sollen. Es wird bei der Arbeit mehr geflücht als gebetet, mehr gesuht als gesungen. Butterzeit ist vorüber, das Schichtende nicht mehr allzu fern. Plötzlich ertönt ein mächtiger Knall, wie ein furchtbarer Donnerschlag in einer Felschlucht. Kurz darauf ein zweiter, noch stärkerer. Die Luft erzittert, Staubwolken wirbeln auf.

„Was ist das?“ sagt Günther Gerling zu seinem Kumpel, mit dem er an einem Stück arbeitet. „Das war kein Schuß, auch kein Schlag im Gebirge.“

Der andere wirft sein Gezäh hin, macht einen Satz nach unten. Alle Kumpels laufen zusammen.

„Alles raus — — — schlagende Wetter!“ schreit da schon der Rutschenmeister herauf.

Schlagwetter, das schlimmste, grausigste Wort, das der Bergmann kennt, der höchste Alarmruf. Von Todesangst gehetzt jagen sie alle die Streben herunter, fallen, rafften sich wieder auf, weiter, immer weiter. Die Luft füllt sich mit grauem Staub und dickem Qualm. Nur als schwache Punkte geistern die Flammen der Grubenlampen durch diese Nebelwand.

Schlagwetter; eisig fährt es den zwanzig Kumpels durch die Knochen.

Schlagwetter; das bedeutet Massenunglück, bedeutet Massentod durch Verbrennen, Ersticken und Erschlagen werden.

Ekliger Geruch hängt in der Luft, vorwärts, vorwärts, der schwarze Tod geht um. Nicht lange nachdenken, heraus aus dem Bau, froh sein, daß einem die Flamme, die alles verzehrende rote Feuerzunge nicht erwicht hat. Sonst wäre man jetzt schon bei lebendigem Leibe geschmort, gebraten, verkohlt worden. Einer rennt den anderen um in der jagenden Hast. (Fortsetzung folgt.)

Von Büro zu Büro. Der Leidensweg eines Erwerbslosen.

Die kreisangehörigen Gemeinden haben leider nicht nur unter den rein wirtschaftlichen Wirkungen der Wohlfahrts-erwerbslosigkeit zu leiden, sie haben auch eine Verwaltungsarbeit zu leisten, die der Außenstehende nicht sieht, die aber so verwickelt und unproduktiv kompliziert ist, daß sie am besten einmal dargestellt wird an dem Leidensweg eines Erwerbslosen, der in den Besitz von Unterstützung gelangen will. Welche behördlichen Vorgänge spielen sich bei diesem Verfahren ab? Zu welcher unproduktiven Arbeit werden die kreisangehörigen Städte durch gesetzliche Bestimmungen gezwungen? Wir wollen nachstehend versuchen, das Schicksal dieses Erwerbslosen stationsweise zu verfolgen:

Der Arbeitslose meldet sich zunächst bei der zuständigen Arbeitsamtsaußenstelle.

Diese schickt den Antrag nach Prüfung der Angaben mit der nächsten Sammelpost an das Arbeitsamt.

Das Arbeitsamt bearbeitet zunächst den Antrag, indem unter anderem Erkundigungen bei der Krankenkasse hinsichtlich Dauer der Mitgliedschaft eingeholt werden.

Nach abschließender Bearbeitung durch das Arbeitsamt wird der Unterstützungsantrag alsdann mit der nächsten Sammelpost an den in Frage kommenden Kreis Ausschuß (Bezirksfürsorgeverband) geschickt, damit dieser ein „Gutachten“ über den Antragsteller abgibt. Hierzu ist zu bemerken, daß in den kreisangehörigen Städten, die nicht gleichzeitig Sitz eines Landratsamtes sind, nur in dem seltensten Fällen die Existenz des Antragstellers, geschweige denn die wirklichen Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse desselben dem Kreis Ausschuß bekannt sind.

Nach kurzer Bearbeitung beim zuständigen Kreis Ausschuß geht der Unterstützungsantrag alsdann mit der nächsten Sammelpost an den zuständigen Magistrat mit dem Ersuchen um Stellungnahme und Erstattung eines Gutachtens.

Der Magistrat, die einzige Stelle, die die Verhältnisse des Antragstellers in allen Einzelheiten kennt, nimmt dazu Stellung und schickt den Antrag an den zuständigen Kreis Ausschuß, damit dieser sein „Gutachten“ abgeben kann.

Der Kreis Ausschuß bearbeitet den Antrag und schickt ihn mit seiner Stellungnahme mit der nächsten Sammelpost an das Arbeitsamt ab.

Beim Arbeitsamt wird nunmehr der Antrag abschließend bearbeitet und der dann auszufertigende Zahlungsbogen nach Möglichkeit bis zum nächsten Zahlungstag an die in Frage kommende Außenstelle abgegeben. In nicht wenigen Fällen muß erst nach dem Verbleib des Zahlungsbogens geforscht werden, da ohne Vorliegen des Zahlungsbogens keinerlei Zahlung an den inzwischen noch hilfsbedürftiger gewordenen Unterstützungsempfänger geleistet werden darf. In diesen Fällen tritt zunächst das in Frage kommende Fürsorgeamt ein und sucht den in Frage kommenden Unterstützungssatz des Arbeitsamtes zu ermitteln, da selbst die Außenstelle des Arbeitsamtes ohne Vorliegen des Zahlungsbogens diesen auch nicht angeben kann.

Das städtische Fürsorgeamt springt daher zunächst durch Gewährung von Wohlfahrtsunterstützung ein, indem es für den einzelnen Empfänger: eine Ausgabe-Anweisung, eine Einnahme-Anweisung zur Zahlung beziehungsweise Erstattung des Unterstützungsbetrages ausstellen, eine Abtretungs-erklärung für die Erstattung anfertigen läßt und bei der Arbeitsamtsaußenstelle den Ersatzanspruch geltend macht und schließlich dem Erwerbslosen selber eine Bescheinigung über die Höhe der erhaltenen Unterstützung ausstellt.

Dieser Vorgang kann sich von Woche zu Woche wiederholen, wenn irgend etwas an den Papieren noch nicht in Ordnung ist oder weiterer Ermittlungen bedarf.

Es genügt, sich diesen Vorgang einmal in dieser drastischen Form zu vergegenwärtigen, um die Forderung zu verstehen, die von den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder gestellt wird: Vereinfachung der gesamten, jetzt dreigeteilten öffentlichen Arbeitslosenhilfe.

Gewerkschaften gegen Margarineverteilung.

Die Vorstände des ADGB, des AfA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben gemeinsam an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt: „Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hierdurch schärfsten Protest gegen jede Kontingentierung der Einfuhr von Margarinrohstoffen, gegen jeden Beimischungszwang zur Margarine, sowie gegen alle die Margarine als wichtiges Volksernährungsmittel verteuern oder verknappenden Maßnahmen.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an die zuständigen Ministerien folgendes Telegramm gesandt: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund bittet die Reichsregierung, von Verordnungen abzusahen, die eine Verteuerung der Margarine bedeuten würden. Vor Butterbeimischungszwang, Kontingentierung der Margarineherstellung und monopolistischen Maßnahmen ist aus zwingenden Gründen, insbesondere solchen auch lohnpolitischer Art, dringend zu warnen. Vor dem etwaigen Erlaß von Vorschriften müßten die Vertreter der Arbeitnehmerschaft gehört werden.“

Auch der Gewerkschaftsring warnt in einem Telegramm an den Reichskanzler noch einmal dringend vor dem Butterbeimischungszwang, der zu einer nicht zu verantwortenden Verteuerung gerade der billigen Speisefette führen müsse. Der Gewerkschaftsring weist darauf hin, daß gerade angesichts der zerstörten Massenkaufkraft die künstliche Preissteigerung von Margarine die schwache Ernährungsgrundlage weiter Volksschichten in unerträglicher Weise belasten würde.

Für das Rheinschiffahrtspersonal hat der Reichsarbeitsminister auf Antrag der Arbeitnehmerorganisationen den Rahmen-, Lohn- und Gehaltstarif rückwirkend vom 1. Dezember ab für verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Reichswasserstraßen-Verwaltung, der staatlichen Wasserbauverwaltungen, der Köln-Düsseldorfer Rhein-Dampfschiffahrt und der Partikularschiffahrt.

Berlin, Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14 Inselstr. 8a. Tel. P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski (Buchdruckerei) und Verlag Verantwortl. Schriftleiter: Willi Fichler Berlin Anzeigen: R. Lippmann GmbH Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“

vom ab zum Preise von monatlich

2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

„Hellscher“ sieht dunkel.

Eine Gerichtsverhandlung mit heiterem Ausgang.

Erik Hanussen, ein sehr geschäftstüchtiger „Hellscher“ und Herausgeber eines Wochenblattes, in dem auch in „hoher Politik“ gemacht wird (natürlich stramm nationalistisch), hatte gegen den Redakteur Hürtig der kommunistischen „Welt am Abend“ einen Beleidigungsprozeß angestrengt. Dem Prozeß lag folgender Tatbestand zu Grunde: Im Mai dieses Jahres war der Rennfahrer Fürst Lobkowitz auf der Berliner Avusbahn zu Tode gestürzt. Hanussen behauptete nachträglich, er hätte den Todessturz vorausgesehen und Lobkowitz könnte noch am Leben sein, wenn er auf des Hellschers Warnungen gehört hätte. Daraufhin wurde Hanussen mit Recht in der „Welt am Abend“ sehr angegriffen. Es wurde dort ausgeführt, man könne die Sache auch so auffassen, daß der Rennfahrer durch das Geschwätz des Hanussen nervös geworden sei und infolgedessen die Herrschaft über seinen Wagen verloren habe. Die „Welt am Abend“ bezeichnete Hanussen in diesem Zusammenhang als Nepper, Betrüger und Schwindler. In der Verhandlung am Donnerstag fragte der Richter den Beklagten Hürtig, ob er den Prozeß politisch bewerte und die Amnestie für sich in Anspruch nehme. Der Redakteur verneinte dies und meinte, gegen Hanussen seien lediglich Vorwürfe krimineller Natur erhoben worden. Die Verhandlung nahm dann ein sehr schnelles, ungewöhnliches und heiteres Ende, denn als der Vorsitzende den angeklagten

Redakteur fragte, ob er die pressegesetzliche Verantwortung übernehme, verneinte das Hürtig. Er gab darauf eine Erklärung ab, warum er das dem Gericht nicht früher mitgeteilt habe. Er habe nämlich gleichzeitig damit den Wahrheitsbeweis dafür erbringen wollen, daß die hellscherische Kunst Hanussens nicht einmal soweit reiche, um zu erkennen, daß er den Falschen verklage, denn in Wirklichkeit sei der verantwortliche Redakteur dieser „Welt am Abend“, in der die Vorwürfe gegen Hanussen erhoben wurden, ein anderer! Hanussen zog daraufhin seine Klage zurück, und das Verfahren wurde auf seine Kosten eingestellt.

Der Fabrikant Fingerhut wurde in Wuppertal erneut von der Anklage der gewerbmäßigen Hehlerei freigesprochen. Er war zunächst zu einhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden, setzte dann ein Wiederaufnahmeverfahren durch, das im Frühjahr 1932 mit seiner Freisprechung endete. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein, sodaß der Prozeß jetzt erneut verhandelt wurde. Wiederrum Freisprechung.

In Hamburg wurde Bürgermeister Petersen vom Senat für das Jahr 1933 als erster Bürgermeister wiedergewählt. Zum zweiten Bürgermeister wurde Rudolf Roß wiedergewählt.

Herde Oefen / Gaskocher
nirgends besser und nirgends billiger als bei
C. F. W. Lademann Söhne
Berlin SW 19, Wallstr. 24/25
U-FHf. Inselbrücke

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

BERÜHMTE KÜNSTLER

FURTWÄNGLER SCHLUSNUS VÖLKER PATZAK U.S.A.

AUF GRAMMOPHON
„DIE STIMME SEINES HERRN“

Otto Platenhauer
Musikapparate
Weimar, Glauerstr. 14.

Ersiklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge, Mäntel, Kostüme
Damen - Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit MAUDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stollmuster vorräthig.

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher Benner, Zürich
Speisezeit: unterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Seharnweberstr. 16/17.
Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen - Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Kauft und schenkt zu Weihnachten
Vollwertnahrungsmittel vom Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin / Köpenicker Str. 96 / Ecke Insel- und Neue Jakobstr

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. P 1 Aprilplatz 2471

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt eure Zeitung

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
Ab 23. Dezember:
Das lustige Weihnachtsprogramm:
René Clair: „Die Million“
Charlie Chaplin in „ZIRKUS“
Heiligabend geöffnet!
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr

Geschenke für Sozialisten!

- LEONARD NELSON:**
Demokratie und Führerschaft.
Dritte Auflage, 176 Seiten. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.
- : **Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen.**
Zweite Auflage, 266 Seiten. Broschiert 3,— M. Ganzleinen 4,10 M.
- : **System der philosophischen Ethik und Pädagogik.**
XXXV und 681 Seiten. Broschiert 16,— M. Ganzleinen 17,— M.
- : **System der philosophischen Rechtslehre und Politik.**
XXXV und 691 Seiten. Broschiert 16,— M. Ganzleinen 19,— M.
- LEO TROTZKI:**
Über Lenin.
Material für einen Biographen. Mit drei Bildern. Broschiert 1,50 M. Ganzleinen 2,— M.
- KARL HINKEL:**
Indien in der Zange.
Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes. Mit einer Karte und 9 Bildern, 156 Seiten. Broschiert 3,— M. Ganzleinen 4,— M.
- Politik und Erziehung.**
Näheres ist aus unseren Prospekten zu ersuchen, die wir auf Wunsch kostenlos senden. Leinenkassette 6,— M.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto: Berlin Nr. 313 42.

Gereke an der Leine und mit Beißkorb.

Rpt. Der Reichsarbeitsminister Gereke sprach am Freitagabend im Rundfunk über Arbeitsbeschaffung. Er begann natürlich mit Ausführungen über seine „ungeheure Verantwortung“ und seinen „festen Glauben an den Selbstbehauptungswillen des deutschen Volkes“.

Danach gab er das Stichwort für die Beurteilung seiner Ausführungen, indem er an die Rundfunkrede des Reichskanzlers anknüpfte: Dieser habe in bezug auf den Arbeitsbeschaffungskommissar das volkstümliche Bild vom Schäferhund gebracht. Wohlmeinende Kritiker hätten daraufhin erklärt, es wäre

vielleicht besser, wenn der Schäferhund etwas an die Leine genommen würde und sogar einen Beißkorb erhielte, damit er sich nicht allzusehr tummeln könne.

Er, Gereke, sei gerade der Meinung, daß er im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sich recht tummeln müsse, um alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Ausführungen Gerekes im Rundfunk, aus denen wir im folgenden noch einiges wiedergeben werden, zeigen deutlich, daß er ziemlich fest an die Leine genommen wurde. Er hat ferner einen

so fest schließenden Beißkorb erhalten, daß er verhindert war, über die Finanzierung seines Sofortprogramms — die eigentlich interessante Frage! — auch nur ein Wort zu sagen.

Erüher war er da mit Vorschlägen sehr rasch bei der Hand!

Man nehme . . .

Uns scheint die folgende Deutung seiner Berufung in das Amt eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung immer mehr an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen: Sachkenner — vielleicht in der Reichsbank, vielleicht im Reichswirtschaftsministerium — haben sich gesagt, daß Dr. Gereke, Landrat außer Dienst und Inflationsrat im Dienst, viel Unheil anrichten kann, wenn er weiter frei herumläuft und für Arbeitsbeschaffung durch Inflation Propaganda macht. Zu seiner Unschädlichmachung haben sie dann folgendes Rezept ausgedacht: Man nehme Dr. Gereke und packe ihn bei seinem Ehrgeiz; man schaffe einen Posten, der zwar kein Ministersessel ist, aber doch fast so aussieht, — einen Posten, in dem er organisieren kann, und zwar innerhalb eines festen Rahmens, den ihm andere ziehen; man binde also seine Kraft, auch seine Rederitis, an eine feste Aufgabe im Rahmen des Staatsapparates und lasse ihn dort unter Aufsicht arbeiten.

Vielleicht hat dieser Plan Erfolg, ob er nun in dieser Form tatsächlich bewußt gefaßt wurde oder nicht. Zwar hat sich Gereke als Mitarbeiter eines Herrn Hertel herangeholt, den Propagandisten der Ausgleichskassen in Schleswig-Holstein, einen Vorkämpfer der Inflation; aber hoffen wir, daß der „Gralsrüter der Währung“ — so nannte Schleicher den Reichsbankpräsidenten im Rundfunk — den Schäferhund weiter fest an die Leine nimmt.

Pläne sol'en Wirklichkeit werden.

Von Arbeitsbeschaffung war bereits viel die Rede. Das meiste davon steht vorläufig, nachdem die Rundfunkwellen den Plan Reden verhehlen sind, nur auf dem Papier. Es spricht für Gereke, daß er es ausdrücklich als eine der vordringlichsten Aufgaben bezeichnete, daß die bisher geplanten und eingeleiteten Arbeiten beschleunigt durchgeführt werden. Er führte dazu aus:

„Das sind zunächst die Arbeiten mit einem Aufwand von 342 Millionen Mark, die in der Hauptsache für Land- und Wasserstraßen, landwirtschaftliche Meliorationen und für einige andere Zwecke dienen. Nebenher laufen die öffentlichen Notstandsarbeiten sowie die Sonderprogramme der Reichsbahn in Höhe von 280 Millionen, und der Reichspost in Höhe von 60 Millionen. Außerdem wird der freiwillige Arbeitsdienst, der Anfang Dezember 285 000 Dienstwillige beschäftigte, auch in den Wintermonaten weitergeführt werden. Für vorstädtische Kleinsiedlungen und die Schaffung von Kleingärten sind in diesem Jahre 78 Millionen Mark bereitgestellt und damit über 26 000 Siedlerstellen und 74 000 Kleingärten geschaffen worden. Weitere 10 Millionen gelangen zur Verteilung. Ziel ist, übersetzte Industriezentren aufzulockern. Auf Grund eines Beschlusses der Reichsregierung sind zur Förderung des Eigenheimbaus in den Haushaltejahre 1933/34 20 Millionen bereitgestellt worden, aus denen schon jetzt kleine Hypotheken zum Bau von Eigenheimen zugesagt werden können. Bei einem Durchschnittsdarlehen von 1500 Mark werden etwa 13 000 Eigenheime gefördert. Durch den Zwang für den Bauherrn, die übrigen Kosten selber zu tragen, wird ein Arbeitseffekt von rund 100 Millionen Mark erzielt. Außerdem werden die vom Reichsarbeitsministerium im September eingeleiteten Maßnahmen zur Instandsetzung von Wohngebäuden, Teilung von Wohnungen, Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen weitergefördert. Ich habe sichergestellt, daß zunächst für diesen Zweck mindestens weitere 50 Millionen Mark bereitgestellt werden. Die Bestimmungen werden so gefaßt, daß die Arbeiten sofort einsetzen. Da der Hausbesitzer das Mehrfache des Reichszuschusses beitragen muß, wird hier der tatsächliche Arbeitseffekt vervielfacht.“

Das Neue: Gemeinden sollen Schulden machen.

Über die öffentliche Arbeitsbeschaffung sagte Gereke: Nach dem Sofortprogramm erhalten Träger öffentlicher Arbeiten zunächst bis 500 Millionen Mark Darlehen.

Die Durchführungsbestimmungen werden in Kürze veröffentlicht. Die Reichsbank hat die vorgeschlagene Finanzierung genehmigt. Die Sicherheit der Währung ist auch für mich selbstverständliche Voraussetzung jeder Arbeitsbeschaffung.“

Er sagte nichts Neues! Er sagte nicht, ob jene 500 Millionen Mark abgehen sollen von der Summe jener 700 Millionen Mark Steuergutscheine, die den Unternehmern von Papen für die Neueinstellung von Arbeitern versprochen worden sind. Die Reichsbank scheint das zu verlangen. Zunächst dachten wohl viele, die Unternehmer würden dagegen nicht protestieren, da sie jene Steuergutscheine bisher nur in sehr geringem Umfang in Anspruch genommen haben. Das scheint zum mindesten heute anders zu liegen. Viele Unternehmer hoffen offenbar, auf Grund der öffentlichen Arbeitsbeschaffung Aufträge zu guten Preisen zu erhalten, daraufhin Arbeiter neu einstellen zu können und dafür Einstellungsprämien in Gestalt von Steuergutscheinen zu erhalten.

Jedenfalls besteht heute ein starker Widerstand gegen den ursprünglichen Plan, 500 Millionen Mark jeder Steuergutscheine als Sicherheit für Wechsel zu hinterlegen, mit denen die öffentliche Arbeitsbeschaffung finanziert werden soll; diese Wechsel zu diskontieren, ist die Reichsbank bei Hinterlegung der Steuergutscheine offenbar bereit.

Die technischen Einzelheiten, über die Gereke berichtete, sind wenig interessant, solange nicht die Hauptfrage, die Finanzierungsfrage, endgültig geklärt ist. Wir buchen jedoch seine Zusicherung, daß die

Arbeiter bei den öffentlichen Arbeiten zu Tariflöhnen beschäftigt

werden sollen und daß die Arbeitszeit 40 Stunden nicht überschreiten darf.

Wichtig ist die Belastung der Gemeinden durch weiteres Schuldenmachen. Die bisherigen Schulden drücken sie bekanntlich bereits genug. Der Druck der Schulden, die sie nun zur Finanzierung öffentlicher Arbeitsbeschaffung aufnehmen sollen, wird nach Gerekes Angaben durch folgendes Verfahren gemildert werden: Die Laufzeit der Darlehen soll der voraussichtlichen Lebensdauer der zu erstellen-

Die Furcht vor dem akademischen Pöbel.

W—er. Seit langem läuft in Breslau der Skandal gegen den Professor Cohn, den antisemitischer Pöbel, der sich den Ehrennamen Student beigelegt hat, fortdauernd belästigte. Rektor und Senat der Breslauer Universität, die sich bisher, wie sich, das gehört, hinter Herrn Cohn gestellt hatten, veröffentlichten jetzt folgende Erklärung:

„Rektor und Senat halten es für ihre wichtigste Pflicht, die akademische Lehrfreiheit unbedingt zu schützen. Deshalb sind sie mit aller Entschiedenheit für die unbehinderte Lehrtätigkeit des Herrn Professor Cohn eingetreten. Es wäre eine selbstverständliche Pflicht des Herrn Professor Cohn gewesen, unter den besonderen Verhältnissen unserer Universität alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen könnte. Leider hat Herr Professor Cohn neustens diese pflichtmäßige Zurückhaltung durch unnützes Hervortreten in einer umstrittenen politischen Frage vermissen lassen. Deshalb halten Rektor und Senat eine weitere Lehrtätigkeit des Herrn Professor Cohn an unserer schlesischen Universität im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und eines ungestörten Lehrbetriebes für nicht tragbar.“

Was hat Professor Cohn verbrochen? Er war von der Berliner Zeitung „Montag-Morgen“ gefragt worden: „Wenn Sie zu entscheiden hätten, gäben Sie Trotzki ein Asyl in Deutschland?“ Er hatte darauf geantwortet:

„Die Frage gehört zu den sehr zahlreichen Fragen, die kein sachlich Denkender ohne sorgfältigste Prüfung einer Reihe von Umständen zu beantworten vermag. Insbesondere dürfte es von Wichtigkeit erscheinen, zu wissen, welche Erfahrungen die Länder, in denen sich Trotzki bisher aufhielt, mit ihm und seiner Tätigkeit gemacht haben. Ein geistiger Arbeiter wird stets schützenswürdig erscheinen; denn an Agitatoren und Nurpolitikern haben wir wahrhaftig keinen Mangel.“

den Anlagen angepaßt werden. Die Darlehen sind von den Darlehensnehmern in gleichen Raten zu tilgen. Bei einer Tilgungszeit von zum Beispiel 20 Jahren beträgt die Rente jährlich 6 Prozent des Darlehens. Bei längerer oder kürzerer Tilgungszeit tritt eine entsprechende Verminderung oder Erhöhung der Rente ein. Die übrigen Kosten des Kapitaldienstes trägt das Reich. Außerdem werden zwei Freijahre vorgesehen. In Ausnahmefällen kann eine Verlängerung um ein Jahr zugestanden werden. Für verbundene Anlagen, zum Beispiel Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, werden dagegen die Kreditbedingungen so gestaltet, daß die Träger die normalen Zins- und Tilgungslasten aufzubringen haben.

Das Reich wird also erheblich zuschießen müssen! Auch darüber machte Gereke keine Angaben. Hat ihm auch der Reichsfinanzminister einen Beißkorb verpassen lassen?

Das Neue ist, daß die Gemeinden vom Reich veranlaßt werden, Schulden zu machen. — Alt ist, daß auf die Gemeinden als das politisch und finanziell schwächste Glied der Kette Lasten abgeschoben werden. So ging und geht es mit den Lasten der Arbeitslosigkeit; aus Versicherung und Krisenfürsorge werden die Arbeitslosen auf die Wohlfahrt, also die Gemeindekassen, abgehoben. In der gleichen Richtung scheidet auch der Weg der öffentlichen Arbeitsbeschaffung zu gehen. Das kapitalistische Prinzip, die Lasten auf die schwächste Schulter zu laden, wird also so gut wie möglich gewahrt!

Auf diese Antwort hin nun meint die Breslauer Universitätsleitung, sich nicht mehr hinter Herrn Cohn stellen zu können.

Das ganze Benehmen der Breslauer Universitätsleitung läßt auch hier wieder, wie so manche anderen Taten der Reaktion, die Frage brennend werden: Wie lange sollen solche Institute noch aus Steuergroschen unterhalten werden? Denn daß sie mit Wissenschaft und akademischer Lehrfreiheit etwas zu tun hätten, wird kein Vernünftiger mehr behaupten wollen. Ein bissiger Kritiker behauptete vor Jahren von den deutschen Universitäten, sie seien „geistige Warenhäuser“. Selbst diese abfällige Bezeichnung ist weitläufiger als ehrenvoll. Sie sind rund heraus gesagt bloße Brutstätten der Reaktion.

Wir rufen alle anständigen Menschen, die an den Universitäten als Studenten oder Lehrer wirken oder gewirkt haben, auf, sich dem Protest gegen das skandalöse Vorgehen der Breslauer Universitätsleitung anzuschließen. Daß wir in diesem Kampf von dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstützt werden, glauben wir nicht, nachdem wir erst vor kurzem berichten mußten, wie unter seiner Leitung die Lehrer in ihrer Gewissensfreiheit eingeengt werden. Man sieht aber gerade aus der Häufung all dieser und noch schlimmerer Rechtsbrüche, aus der täglichen körperlichen und geistigen Vergewaltigung der großen Masse des Volkes durch eine ebenso dunkelhaft wie dumme und raffigierige Clique, daß mit den Einzelprotesten nicht alles getan sein kann. Der Protest gegen diese Schandtaten muß schließlich einmündigen in den gemeinsamen Protest, in den organisierten Protest gegen solches Unrecht überhaupt, und zwar so gewaltig, daß die heute noch herrschende Klasse vor ihm erzittert wie vor den Posaunen des jüngsten Gerichts.

Arbeit für Barl's Befreiung!

Das sächsische Justizministerium hat zu Weihnachten über die Amnestierungen hinaus mehrere hundert Begnadigungen vorgenommen, besonders bei solchen Delikten, die aus der Not zu erklären sind.

Kein Wort verlautet über Bartl!

Wie uns dessen Verteidiger vor einigen Tagen mitteilte, hatte bis dahin — fünf Wochen nach der Verkündung des Todesurteils — weder Bartl noch der Verteidiger die schriftlichen Urteilsgründe zugestellt erhalten. Auch die Prozeßakten hatte der Verteidiger trotz mehrmaligen Ersuchens noch nicht ins Haus erteilt erhalten. Daher stockt die Betreibung der Revision gegen das Todesurteil — und Bartl wartet, wartet, vom Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus oder ähnlichem bedroht.

Weiterarbeiten für Bartl! Protestiert beim Sächsischen Justizminister, beim Reichsjustizminister!

Die zum Protest nötigen Unterlagen haben wir mehrfach veröffentlicht und teilen sie auf Wunsch gern mit.

Deutschland, Deutschland über alles!

In Bremerhaven hat die Polizei am Donnerstag das Büro der RGO durchsucht und dabei sieben Kommunisten zwangsgestellt. Sie läßt dazu erklären, daß es sich „um eine sorgfältige Maßnahme handelt, weil erfahrungsgemäß vielfach Unruhen von diesem Büro aus geleitet zu werden pflegen und weil es nicht ausgeschlossen ist, daß die Kommunisten noch weitere Störungsversuche planen“.

Notorische Organisatoren des Mordes läßt man in Berlin frei. Kommunisten verhaftet man, weil „es nicht ausgeschlossen ist“, daß sie „Störungen“ planen; womit natürlich keine Morde gemeint sind, sondern Demonstrationen gegen den Hunger.

Verschiebung der Entscheidung im Hamburger Gastwirtsgewerbe.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien im Hamburger Gastwirtsgewerbe vor dem Schlichter führten zu keiner Einigung. Um einen Streik während der Weihnachtstage (!) zu vermeiden, fällt der Schlichter folgenden Spruch:

Der alte Tarif, der bis zum 1. Juni galt, wird vom 23. Dezember ab bis 31. Januar 1933 wieder in Kraft gesetzt. Beide Parteien wurden verpflichtet, bis zum 9. Januar 1933 in neue Verhandlungen einzutreten. Für den Fall, daß bis zum 14. Januar keine Einigung erzielt worden ist, soll am 15. Januar der Schlichter zur endgültigen Regelung der Tariffrage im Gastwirtsgewerbe erneut angerufen werden.

Wer darf Zeitungen verbieten?

Demonstrationsverbot aufgehoben!

Befugt, Zeitungen zu verbieten, sind in Preußen jetzt die Regierungspräsidenten, in Berlin der Polizeipräsident. So bestimmt es der Reichskommissar für das preußische Innenministerium in einem Erlaß, der sich mit der Durchführung der Reichs-Notverordnung vom 19. Dezember befaßt. Bisher waren in der Provinz die Oberpräsidenten die Verbietenden von Zeitungen. Die Neuregelung hängt mit der Anfang September eingeführten Entlastung der Oberpräsidenten zusammen.

Ein Demonstrationsverbot besteht in Preußen nicht mehr. Auch dies bestimmt der neue Erlaß des Reichskommissars für das preußische Innenministerium.

Der Nazi-Baron Zedlitz, Besitzer eines Waffen- und eines Munitionslagers von mehreren Tausend Schuß Infanteriemunition auf Schloß Kynau bei Waldenburg, und sein Förster Tietze sind nicht aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassungsanträge wurden am Freitag abgelehnt.

Das Urteil gegen eine 17köpfige Bande Berliner Autodiebe wurde am Freitag von einer großen Sonderkammer beim Landgericht III in Berlin gefällt. Mehrere Zuchthausstrafen; die höchste von viereinhalb Jahren für den Bandenführer Wechlin.

Sozialdemokraten klagen gegen württembergische Regierung.

Gestützt auf eine im Jahre 1931 vom Reich den Ländern erteilte Ermächtigung, zwecks Ausgleichs der Staats- und Gemeindefinanzen unter Umständen von geltenden Landesrecht abzuweichen, hatte das württembergische Staatsministerium am 24. September 1932 durch Notverordnung angeordnet, die

Durchführung des 8. Volksschuljahres

bis auf weiteres zu verschieben. Nach den bisherigen Bestimmungen sollte dieses Schuljahr bis zum 31. März 1933 restlos durchgeführt sein.

Gegen die Notverordnung des württembergischen Staatsministeriums hat die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches Klage erhoben. Die Fraktion gründet diese Klage auf den Artikel 145 der Reichsverfassung:

„Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren...“

Die Fraktion hat ersucht, die Klage noch vor Beginn des neuen Schuljahres zu entscheiden.

Ein Großagrарier, kapitalistisch gefesselt.

Das Ergebnis der Friedensverhandlungen Warmbold—von Braun.

Der Bekämpfer und der Vorkämpfer der Kontingentierungspolitik — aus den Zeiten handelspolitischer Husarenritte und der reisenden Tomaten-Kommission — sitzen im Kabinett von Schleicher friedlich nebeneinander. Schleicher hat den beiden gesagt, sie müßten sich verständigen; sonst könne er sie nicht beide in sein Kabinett nehmen. Nun, sie sind beide Mitglieder des Kabinetts! Laut amtlicher Mitteilung vom 22. Dezember wird ihr Friedensvertrag — die Mitteilung spricht von einer „Abmachung“ — „auch weiterhin vertraulich behandelt“. Etwa, weil er nicht sicher ist?

Was soll nach dem „Friedensvertrag“ geschehen? Vermutlich werden Zollsätze für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte erhöht werden. Deutschland hat bekanntlich eine Reihe von Handelsverträgen gekündigt; bis zur Neuregelung der Handelsverträgebeziehungen zu den betreffenden Ländern sollen Voreinfuhren unterbunden werden durch „zollpolitische Maßnahmen“; am Ende sind unter diesen Maßnahmen Kontingente? Der bisher wenigstens andeutungsweise bekannt gewordene Hauptpunkt des Friedensvertrags zwischen Warmbold und Braun ist anscheinend ein planwirtschaftlicher Eingriff in die deutsche Fettwirtschaft: Nach Angaben des Ernährungsministers stammen nur 40 Prozent des in Deutschland konsumierten Fetts aus dem Inland; die Verwendung deutscher Fettstoffe bei der Margarine-Produktion soll vergrößert werden; man plant daher einen Beimischungszwang für deutsche Butter, deutschen Talg und deutsches Schmalz für die deutschen Margarine-Fabriken; angeblich soll der Preis der Margarine dadurch „nicht wesentlich“ erhöht werden (?). Im übrigen sind planwirtschaftliche und kartallähnliche Maßnahmen offenbar nicht vorgesehen, obwohl sie vom Reichswehrministerium begrüßt worden wären, aus begründlichen Gründen.

Über diese Verständigung, die vom Reichslandbund anscheinend halbwegs gedeckt wird, brach Freiherr von Lüninck in einer Versammlung der Kreisbauernschaft Euskirchen in folgendem Schrei der Entrüstung aus:

„Ich muß demgegenüber ausdrücklich hier erklären, daß Freiherr von Braun aufs stärkste von dem Standpunkt abgewichen ist, den er bisher in Übereinstimmung mit der ganzen Landwirtschaft vertreten hat und dessen Innehaltung er feierlichst versprochen hatte... Wenn nun der Präsident

des Landbundes, Graf Kalkreuth, anscheinend aus Sorge davor, daß die deutsche Landwirtschaft durch einen anderen Reichsernährungsminister noch stärker geknebelt werden könnte, für die Stützung Brauns auch unter ungünstigen Verhandlungsergebnissen eintritt, so heißt das meines Erachtens, aus Angst vor dem Tode Selbstmord begangen.

Ich darf dagegen hier ausdrücklich und verantwortungsvoll erklären, daß das rheinische Bauerntum zu Freiherrn von Braun, nachdem er in entscheidenden Punkten von unseren Forderungen abgewichen ist, das notwendige Vertrauen nicht mehr haben kann, und ich bin sicher, daß breiteste Massen des west- und süddeutschen Bauerntums dieser Auffassung zustimmen, sobald sie das Ergebnis der Verhandlungen (mit Warmbold) kennenlernen.“

Wir sehen: Herr von Braun hat keinen leichten Stand gegenüber seinen agrarischen Kollegen. Viel wird ihm dadurch nicht nützen, daß er bei ihnen im Rundfunk mit der „Winterhilfe“ — jenem Almosen von 35 Millionen Mark an die Erwerbslosen — nun auch bei den Landwirten als einer zu ihren Gunsten unternommenen Aktion hausieren geht. Auch sein neuestes Schlagwort wird das Blatt nicht wenden. Er hat es kürzlich in einer Rundfunkrede geprägt; es steht auch als Überschrift über einem von ihm der Presse zur Verfügung gestellten Neujahrsartikel. Es lautet:

„Organische Agrarpolitik ohne Schlagwort!“

Sehr vielsagend! Oder hat schon jemand verkündet, er wolle sich bei seiner Politik nach Schlagworten richten? Und daß in der Landwirtschaft nicht Metalle produziert werden, sondern organische Stoffe, das wußten auch manche Städter schon vorher.

Deutlich ist die künftige Linie der deutschen Agrarpolitik im einzelnen also keineswegs. Doch ist sicher:

Auch der von Warmbold „geknebelte“ Freiherr von Braun, ist eine Gefahr für die Arbeiter und eine Gefahr für die Bauern.

Denn er vertritt nach wie vor die Interessen seiner Klasse, der Großgrundbesitzer; die Fesseln, die ihm angelegt worden sind, sind kapitalistische Fesseln, das heißt: solche, die den Kapitalisten insgesamt möglichst wenig wehe tun.

Rpt.

Wir erinnern:

Weniger als ein halbes Tausendstel der Privateigentümer in Deutschland besitzen 11,5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche.

An der Spitze der privaten deutschen Großgrundbesitzer steht Wilhelm von Hohenzollern mit 97 000 Hektar.

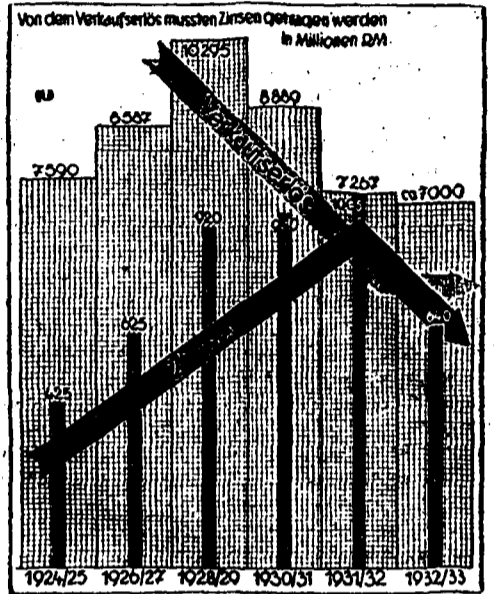
Zur Zeit kosten in

	Hamburg (unverzollt)	Berlin (verzollt)
1 Doppelzentner Weizen	7,74 Mark	18,70 Mark
1 Doppelzentner Roggen	6,12 Mark	15,40 Mark

Die Getreidoverkäufe machen nur 18 Prozent des gesamten Verkaufserlöses der deutschen Landwirtschaft aus.

Die Zinslast der deutschen Landwirtschaft.

In Ergänzung zu dem Aufsatz über den Agrarreformplan von Bassos in Nr. 268 lassen wir hier ein Schaubild folgen, das dort aus Räumangel wegbleiben mußte.



Wir sehen: Wenn die Zinslasten von der deutschen Landwirtschaft genommen werden, so bedeutet das zur Zeit fast dasselbe, als wenn der Verkaufserlös sich um etwa 10 Prozent verbessert. Ein Abbau der Getreidezölle würde von Konsumenten eine Entlastung um 800 Millionen Mark jährlich bringen. Dieselbe Summe würde am Erlös der Landwirte fehlen. Der Ausfall kann, die Landwirtschaft als Ganzes betrachtet, also durch eine Beseitigung der Zinslasten zum größten Teil ausgeglichen werden. Allerdings wird jener Ausfall vor allem die Großgrundbesitzer treffen, während jene Entlastung auch kleineren und mittleren Landwirten zu gute kommen würde. Eben dies wird durch Bassos Plan bezweckt, auf dessen Darstellung hier nochmals hingewiesen sei.

Agrarische Zweckstatistik.

Dem Reichsernährungsministerium ist nicht bekannt...

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der landwirtschaftlichen Marktforschung läßt das Reichsernährungsministerium eine Erklärung vortreiben, die wir hier mit einigen Anmerkungen versehen wollen.

Vorweg sei gesagt: Das bisherige Neben- und Gegeneinander der Lieferanten von agrarstatistischen Angaben war sicher höchst unökonomisch. Die Öffentlichkeit wurde durch Mitteilungen erfreut von den folgenden Stellen: Statistisches Reichsamt, Konjunkturforschungs-Institut, Marktforschungs-Institut, Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, Reichslandwirtschaftsrat. Dieses Nebeneinander war vielfach ein Gegeneinander. Es zu beseitigen und zum Beispiel dafür zu sorgen, daß nicht von zwei Stellen verschiedene Ernteschätzungen veröffentlicht werden, sondern von nur einer Stelle eine möglichst richtige Angabe, das wäre eine Rationalisierung, die wir nur begrüßen könnten. Unter dem Kampfruf „Gegen die Tendenzforschung!“ soll jedoch offenbar erreicht werden, daß die großagrарische Tendenz unbestritten herrscht.

Das Reichsernährungsministerium teilt mit: „Das von Professor Dr. Brandt geleitete Marktforschungsinstitut an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin steht in keinerlei Zusammenhang mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. In welchem Umlage die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse das Brandtsche Institut in Zukunft noch finanziell unterstützen wird, ist hier nicht bekannt.“

Wir wollen die Verfasser dieses Dementis nicht ohne weiteres strafen. Es mag sein, daß sie keine Zeitungen lesen und auch in den auf Reichskosten im Ministerium gehaltenen Zeitungen nur den Roman. Zeitungsleser wissen jedenfalls, daß sich die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse — die frühere Preußenkasse — von der Finanzierung des Marktforschungsinstituts zurückzieht, daß sie die betreffenden Anstellungsverträge zum 31. Dezember 1932 und 31. März 1933 gekündigt hat, soweit das möglich war, daß lediglich vier Verträge erst später kündbar sind. All das steht in der Hugenbergschen „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ vom 10. Dezember. — Wir nehmen also zur Kenntnis, daß diese „Wochenschau“, die, wie wir mehrfach gezeigt haben, über sehr gute Informationsquellen im Reichsernährungsministerium verfügt, dort — nicht gelesen wird.

Das Ernährungsministerium teilt ferner mit: „Die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, die von Dr. Baade geleitet wird, soll in der jetzigen Form nicht bestehen bleiben.“

Herr Baade hat für die Großagrарier viel getan. Soll nun auf ihn das Wort Anwendung finden: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“?

In dem der Zeitungslektüre so abholden Ministerium werden auch keine Bücher gelesen. So kann es in seiner Dementi-Sammlung fortfahren: „Dem Reichsernährungsministerium ist nicht bekannt, welche Mittel von der Landwirtschaft für die berufständischen Organisationen aufgebracht werden.“

Wir geben gern zu, daß im Reichsernährungsministerium vieles nicht bekannt ist. Sehr vieles! Aber sollte man dort wirklich die vor wenigen Wochen erschienene Schrift des Staatssekretärs A. D. Dr. Peters über „Die Landwirtschaftliche Berufsvortretung“ nicht kennen?

Die im Reichsernährungsministerium, wie gezeigt, nicht gelesene „Landwirtschaftliche Wochenschau“ geht noch etwas

weiter: Sie wartet am 10. Dezember vor einer Zusammenfassung der Marktbeobachtungsarbeiten beim Institut für Konjunkturforschung: Dieser Gedanke könnte „praktisch nur dann als brauchbar angesehen werden, wenn die bisherige Unterstellung des Instituts unter das Reichswirtschaftsministerium beseitigt würde“.

Uns ist nunmehr eindeutig bekannt, daß nach anderen als großagrарisch orientierten Statistiken und Marktforschungsarbeiten von Seiten des Reichsernährungsministeriums keine Nachfrage besteht.

Wir stellen vor:

Ein kluger Großagrарier.

Hans Schlange-Schönningen, im Kabinett Brüning Reichsminister für die Osthilfe, hat andere Talente als Herr von Papen. Er ist auch seinen Nicht-Klassengenossen gegenüber verbindlicher. Er will nicht mit einem Schlag 99 Prozent der Bevölkerung vor den Kopf stoßen, wie das Papen tat mit seiner Absage an den „Wohlfahrtsstaat“. Er widmet ein kleines Buch („Acker und Arbeit“, 74 Seiten, 1.— Mark, Verlag Stalling, Oldenburg)

„dem wirtschaftlichen Ausgleich und der politischen Veröhnung der Nation“.

Schlange versucht, soweit möglich, die Klassenfronten zu verwischen. Eine kleine Leseprobe möge diesen Versuch veranschaulichen. Der Leser beachte im folgenden, wann die Worte „die Landwirtschaft“, „der Landmann“ und insbesondere das Wort „man“ verwandt werden (Hervorhebungen im Text von uns):

„Vor dem Kriege betrachtete die Landwirtschaft sich wie die Armee als Grundpfeiler, als ersten Träger des Staates... War es doch fast bis in die neueste Zeit vor dem Kriege so gewesen, daß der Großgrundbesitz vorzugsweise Offiziere und höhere Beamte stellte. Man fühlte sich als Stand dem Thron am nächsten, man war der Meinung, daß der Staat oder doch das preußische Königtum deshalb auch zur besonderen Fürsorge für den Landmann verpflichtet sei.“ (Seite 37.)

Nicht alles, was Schlange-Schönningen schreibt, ist richtig und falsch. Gerade das macht seine Art gefährlich!

Er ist Gegner der Autarkie. „Er tut sie nicht ohne Humor ab; er erinnert daran, daß die im Krieg erzwungene Autarkie endete „in dem Abdecken der Dächer, in dem Einschmelzen der Kirchenglocken, in dem Auspowern aller Rohstoffe, im Hunger, im Niederbruch.“ (Seite 16). Er weist außerdem überzeugend nach, daß die viel besprochenen deutschen Kontingentierungen den deutschen Landwirten nicht helfen können, daß das Agrarproblem sich vielmehr in Deutschland zu einem Kaufkraftproblem zuspizte; es sei einfach „das Problem der sechs Millionen Arbeitslosen“ (Seite 45). Auch daß man mit Zellen in dem Augenblick, in dem die deutsche Ernte den deutschen Bedarf deckt, nicht weiter kommt, sieht der Verfasser ein (Seite 28).

Was schlägt er vor?

Alle Kollektivist werden sich freuen!

Er schlägt einen „landwirtschaftlichen Reichsproduktionsplan“ vor, „der nach dem Bedarf an Nahrungsmitteln aller Art aufgestellt wird, etwa festlegt, was wir normalerweise an Weizen, Roggen, Fleisch, Kartoffeln, Schweinen, Gemüse, Obst u. s. v. gebrauchen und den einzelnen Provinzen daraufhin ein festes

Produktionsziel setzt, dem man (!) sich möglichst anzunähern hat“. Die Planwirtschaft soll nicht alle kleinen Betriebe erfassen, sondern im wesentlichen nur „den Produktionsausschnitt vom Großbesitz bis zum Großbauern“. Merkwürdigerweise meint er, es werde „dazu gar kein eigentlicher Zwang notwendig sein“. (Seite 57/58.) Als Beispiel und Vorbild nennt er die bereits vollzogene Beschränkung des Zuckerrüben-Anbaus. Einen klar durchdachten Plan legt er nicht vor.

Klarer sind die folgenden beiden Forderungen, und sie zeigen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, in welcher Klassenfront Schlange steht:

1. Niedrigere Landerbeiterlöhne!

Schlange geht von seinen Betriebsbefahrungen aus: „Ich sehe aus meinem eigenen Betrieb, wie viele Menschen, namentlich junge Menschen sich melden, die auf der Straße liegen und händeringend nach Arbeit und Unterkommen suchen. Der Betrieb kann sie nicht einstellen, wenn er die normalen Tarifsätze zahlen soll...“ — Sein klarer Vorschlag: „Einführung eines Doppeltarifs.“ Der bisherige Tarif soll den bisher Beschäftigten gesichert werden durch eine Entlassungssperre. Dazu soll treten eine „freie Tarifvereinbarung mit zusätzlichen Arbeitskräften, die außer der normalen Belegschaft beschäftigt werden“. (Seite 69/70.) — Kommentar überflüssig.

2. Siedlung als Beruhigungsspiel!

Am aufschlußreichsten ist Schlanges „offenes Wort an meine Berufskollegen, in erster Linie an die vom Großgrundbesitz“ (Seite 73/74). Er erinnert sie daran, daß infolge der „Besonnenheit des deutschen Arbeiters“ der Umsturz von 1918 die „einzige Revolution gewesen“ ist, „welche ohne schwere Eingriffe in die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse vor sich gegangen ist“. Es gelte nun zu vermeiden, daß ein wirklicher Agrar bolschewismus noch komme. „Das Ziel einer klärenden Agrarpolitik muß daher sein, selber die Führung zu übernehmen zu einer vernünftigen Agrarreform an Haupt und Gliedern, die den breiten Massen der Bevölkerung glaubhaft (!) ist.“

Schlange schließt sein wirklich in jeder Hinsicht offenes Wort mit einem Satz des Freiherrn vom Stein: „Ratsam ist es, die Flamme zu leiten, ehe sie zerstörend wirkt.“

Wir antworten: Ratsam ist es, die Flamme zu leiten, sodaß sie zerstört, was zerstörendwert ist.

Dazu gehört mehr als vieles andere der Hauptteil des deutschen Großgrundbesitzes, mitsamt seinen Türlichen, vor allem aber seinen klugen Vorkämpfern.

Hellmut Rauschenplat.